

POLITISCHEN KRISE IN RUMÄNIEN

NELU BRADEAN-EBINGER

Das erst seit 2007 Mitglied der EU befindet sich 2012 in einer tiefen politischen Krise, die durch die soziale Unzufriedenheit in einem großen Teil der Bevölkerung und den Zwist unter den politischen Parteien im Parlament ausgelöst worden ist. Seit Monaten beherrscht ein erbitterter Machtkampf – von den rumänischen Medien gar als „Krieg“ bezeichnet – zwischen den beiden Kontrahenten, dem von der PDL (Demokratisch-Liberale Partei, bis Mai laufenden Jahres Regierungspartei) gestellten Staatspräsidenten *Traian Basescu* und dem zur USL (Union der Sozial-Liberalen bestehend aus Sozialdemokraten, Nationalliberalen und Konservativen, seit Mai Regierungspartei) gehörenden Ministerpräsidenten Victor Ponta. Führende Kraft der Regierung ist die PSD (Sozialdemokratische Partei), die nach 1989 das Sammelbecken für die einstige Geheimdienst- und Parteielite aus der Zeit der kommunistischen Ceausescu-Diktatur war. Ende April wechselten einige Parlamentsabgeordnete von der PDL zur USL und so konnte das dem Staatspräsidenten nahe stehende Kabinett noch vor den im November fälligen Parlamentswahlen gestürzt werden.

Machtwechsel durch Überläufer oder die Bildung neuer Allianzen sind in Rumänien eine gängige Praxis, vor allem in Wahljahren, wenn Abgeordnete schnell noch ins Boot des voraussichtlichen Siegers wechseln. So auch in diesem Jahr: Anfang Juni fanden Kommunalwahlen statt, bei denen die USL haushoch gewann. Zu den Parlamentswahlen im November tritt das USL-Bündnis laut Umfragen ebenfalls als Favorit an.

Ein durch die Finanzkrise bedingtes drastisches Sparprogramm hat in den vergangenen zwei Jahren große Teile der Bevölkerung in massive materielle Schwierigkeiten gebracht. Das Gesundheitswesen leidet unter Korruption und Abwanderung von Ärzten ins Ausland, im Bildungswesen herrscht Verwaltungschaos, Renten und Gehälter der Beamten wurden gekürzt. Für all das machen viele Rumänen hauptsächlich den Staatspräsidenten Traian Basescu und seine bis Ende April regierenden Liberaldemokraten verantwortlich.

Das Mandat des Staatspräsidenten läuft jedoch erst Ende 2014 aus. So lange wollte die USL mit der vollständigen Machtergreifung nicht warten. Knapp drei Wochen im Amt, begann die Regierung unter Ministerpräsident Victor Ponta Ende Juni mit den Vorbereitungen zur Amtsenthebung des Staatspräsidenten. Damit nichts schief läuft, wurden per Dekret die Kompetenzen des Verfassungsgerichts beschnitten und das Referendumsgesetz geändert. Außerdem wurden die Vorsitzenden der beiden Parlamentskammern und der Ombudsmann für Bürgerbeschwerden ausgetauscht. Am 6. Juli stimmte die Parlamentsmehrheit der USL schließlich für die Suspendierung des Staatspräsidenten und schrieb für den 29. Juli ein Referendum zur Amtsenthebung von Traian Basescu vor. Um den vorläufig suspendierten Präsidenten definitiv seines Amts zu entheben, ignorierte die Regierung Ponta mal geltende Gesetze und Entscheidungen des Verfassungsgerichtes, mal änderte sie mit Notverordnungen mitten im Spiel die Regeln. Ursprünglich hatte die Regierung von Victor Ponta das Referendumsgesetz per Dekret so geändert, dass für einen gültigen Urnengang keine Mindestwahlbeteiligung erforderlich sein sollte. Das Verfassungsgericht kippte das Dekret jedoch: Für eine gültige Abstimmung war nun eine Wahlbeteiligung, d.h. ein Quorum von 50 Prozent vorgeschrieben, woran das Referendum letztendlich auch scheiterte. Nur rund 46 % der 18 Millionen Wahlberechtigten nahmen daran teil. Noch vor dem Volksentscheid hatte die Opposition, die hinter dem Staatsherrn steht, ihre Anhänger zum Boykott des Referendums aufgerufen. Auch der ungarische Ministerpräsident *Orbán Viktor*, ein Freund von Basescu, hatte die in Siebenbürgen lebende ungarische Minderheit gebeten, das Referendum zu boykottieren. Von den 8,5 Millionen Wählern, die ihre Stimme abgegeben hatten, stimmten 7,5 Millionen für die Absetzung des Präsidenten und nur 1 Million dagegen.

Das Referendum war also am 50-prozentigen Quorum gescheitert. Dabei hatte es vor zwei Monaten für das sozial-liberale Bündnis noch ganz anders ausgesehen: Mehr als 70 Prozent der Rumänen hatten ein Amtsenthebungsverfahren in allen Umfragen unterstützt. Doch dann begann das Machtduo Ponta-Antonescu von der USL mit einer rasanten Umkämpfung des gesamten Staatsapparates. Hinter dem schweren Vorhang eines vorgespielten demokratischen Parlamentarismus wurden Entscheidungen des

Verfassungsgerichts ignoriert. Alle wichtigen Posten im Staat wurden mit treuen Parteifunktionären aus den eigenen Reihen besetzt. Die Krönung sollte die Amtsenthebung des Präsidenten werden, die aber einen ähnlichen Ausgang hatte wie das Amtsenthebungsverfahren gegen Basescu von 2007.

Nach der Volksabstimmung vom 29. Juli begann eine neue Phase des Machtkampfes: Die Ponta-Regierung und der Interims-Staatschef *Crin Antonescu* wollten das Ergebnis nicht anerkennen und bombardierten das Verfassungsgericht, – das die endgültige Entscheidung über die Validierung des Referendums zu treffen hatte –, mit nachträglich geänderten Wählerlisten, um so das 50-prozentige Quorum zu überschreiten, und stellte damit das Wahlergebnis infrage. Das Gericht äußerte Zweifel an der Korrektheit der Listen, was zu einem dreiwöchigen Tauziehen zwischen Regierung, Verfassungsgericht und dem suspendierten Staatspräsidenten führte.

Inzwischen lähmte ein höchst bizarrer Streit um die reale Zahl der Wähler das Land: Vor dem Referendum vom 29. Juli, in dem die Bevölkerung über die Absetzung des suspendierten Staatschefs abstimmen musste, teilte die Regierung offiziell eine Zahl von 18,3 Millionen Wählern mit. Nach dem Scheitern des Referendums behauptete die Exekutive, es gebe in Wirklichkeit nur 15 bis 17 Millionen Wähler. Demzufolge sollten die im Ausland lebenden- übrigens wahlberechtigten- 3 Millionen Rumänen von der Liste gestrichen werden. Übrigens teilte das Nationale Statistische Institut (INS) am 24. August die genauen Daten der letzten Volkszählung vom Oktober 2011 mit, wonach Rumänien 19.043.767 Einwohner habe, davon 17.263.561 (90,6%) mit rumänischer, 1.268.444 (6,7%) mit ungarischer, 247.058 (1,3%) mit Romani, 27.019 (0,1%) mit deutscher Muttersprache.

Auch die ungarische Minderheit in Rumänien spielte eine wichtige Rolle beim Ausgang des Referendums, da ein Großteil von ihnen nicht zur Wahl ging, um so dem Staatspräsidenten beim Nichterreichen des Quorums zu helfen. Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán, ein guter Freund von Basescu, hatte kurz vor dem Referendum die ungarische Minderheit zu dessen Boykott aufgerufen, was natürlich ein gefundenes Fressen für die rumänische Regierung war. Diese behauptete nämlich, dass Basescu Orbán die Autonomie für das mehrheitlich von Ungarn bewohnte Seklerland (im Osten Siebenbürgens) als Dank für seine Hilfe versprochen hätte, was aber im Gegenzug von Basescu negiert wurde. Fakt ist, dass er Mitte August eine Reise ins Seklerland unternommen hat, wo er als „Freund der Sekler“ begrüßt wurde. Die Frage der Autonomie beeinträchtigt die rumänisch-ungarischen Beziehungen schon seit längerem, was vor allem vor Wahlen in Rumänien als „ungarische Karte“ in der Wahlkampagne verwendet wird, um damit die rumänischen Wähler vor der Gefahr einer Rückkehr Siebenbürgens zu Ungarn zu warnen.

Jedoch mit dem darauf folgenden verheerenden innen- wie außenpolitischen Echo auf ihr Vorgehen dürfte die Regierung kaum gerechnet haben. In Rumänien selbst sprachen viele Meinungsführer und Intellektuelle von einem "Putsch" oder einem "staatsstreichähnlichen Vorgehen", darunter auch Kritiker des Präsidenten Traian Basescu. Auch die EU-Kommission reagierte ungewöhnlich scharf: Sie warf der Ponta-Regierung eine Missachtung rechtsstaatlicher und demokratischer Spielregeln vor und drohte Rumänien mit schweren Sanktionen, bis hin zum Entzug des Stimmrechts in EU-Gremien. Vorerst steht das Land unter verstärkter Beobachtung durch die EU, der Beitritt zum Schengen-Raum ist erst einmal in weite Ferne gerückt.

Der Einfluss auf die Justiz ist nach Ansicht vieler Beobachter der eigentliche Hintergrund des Machtkampfes zwischen Regierungsmehrheit und Präsident. Die rumänische Justiz ist inzwischen unabhängiger geworden, doch die korrupten Politiker wollen sich vor Verurteilungen schützen. Das zeigt auch die *Causa Adrian Năstase*: Der Ex-Regierungs- und Ex-PSD-Chef, einst auch politischer Ziehvater des Premiers *Victor Ponta*, gilt in Rumänien als korrupter Politiker schlechthin. Năstase wurde Ende Juni wegen illegaler Wahlkampf- und Parteienfinanzierung zu einer zwei-jährigen Gefängnisstrafe verurteilt. Es war das erste Mal überhaupt im postkommunistischen Rumänien, dass ein Politiker seines Ranges hinter Gitter musste.

Der geplante Wahlbetrug ist nur ein Detail im Machtkampf zwischen der Regierungsmehrheit und dem suspendierten Staatschef. Dabei geht es nicht um Ideologien oder politische Inhalte. "In dieser Krise kommt die wirkliche politische Struktur Rumäniens zum Ausdruck", erläutert die renommierte Politologin *Alina Mungiu-Pippidi*, die unter anderem als Anti-Korruptionsberaterin der EU-Kommission arbeitet. "Bei uns herrscht ein kompetitiver Klientelismus, verschiedene Cliquen führen einen Kampf auf Leben und Tod, um den Staat zu erobern und ihn zu plündern. Die politischen Parteien in unserer jungen Demokratie sind wie mittelalterliche Armeen, deren Rekruten nicht bezahlt werden und die nur von Raub und Eroberungen leben. Daher auch die Intensität politischer Kämpfe, wie wir sie jetzt erleben. "Allerdings trägt nach Ansicht von Alina Mungiu-Pippidi auch der suspendierte Staatspräsident Mitschuld an der Krise. Er ist ein polarisierender Politiker und begreift sich trotz nicht sehr umfangreicher Vollmachten als "mitspielender Präsident." Zu vielen Affären korruptionsverdächtiger Politiker in seinem eigenen Lager schwieg er.

Zugleich betrifft die Justizreform auch PDL-Politiker: Eine Reihe von ihnen wurde in letzter Zeit verurteilt, aktuell laufen gegen fünf PDL-Parlamentarier Prozesse.

Für Rumänien sind die Folgen des Machtkampfs in jedem Fall gravierend: Regiert wird kaum noch. Vergangene Woche bildete Victor Ponta seine Regierung zum wiederholten Male um, nachdem Innenminister *Ioan Rusu* zurückgetreten war, weil er den Wahlbetrug nicht mitmachen wollte. Die Wirtschaft leidet unter dem politischen Stellungskrieg, Wachstumsprognosen für dieses Jahr wurden bereits nach unten korrigiert. Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht, auch wenn er dann die Wahrheit spricht. Diese alte Volksweisheit behält ihre Gültigkeit. Ponta hat mehrmals nachweislich gelogen und damit seinem Land und seinem Volk auf Dauer geschadet. Bestätigte Plagiatsvorwürfe bei seiner Doktorarbeit, Doppelzüngigkeit und gegensätzliche Positionen bei der EU in Brüssel und daheim in Bukarest sind Beispiele dafür.

Zu den neuesten Wirren gehört auch ein Eklat um das Verfassungsgericht. Der Präsident des Gerichts, *Augustin Zegrean*, hatte sich am vergangenen Montag mit einem verzweifelten Hilferuf an die Europäische Kommission und den Europarat gewandt - eine einmalige Geste in einem EU-Land: Die Ponta-Regierung übe massiven Druck auf die Verfassungshüter aus, hatte Zegrean geschrieben. Längst fürchten auch die Verantwortlichen in Brüssel und Washington, dass die Dinge in Rumänien aus dem Ruder laufen. Die EU-Kommission äußerte bereits mehrmals ihre tiefe Besorgnis über die Entwicklung in Rumänien, US-Außenministerin *Hillary Clinton* schickte nun gar einen Emissär zu Gesprächen nach Bukarest, um die hochschlagenden Wellen zu glätten.

Das rumänische Verfassungsgericht hat die Volksabstimmung zur Entmachtung von Präsident Traian Basescu am 21. August für ungültig erklärt. Mit der Entscheidung bleibe Staatschef im Amt. Die Entscheidung des Gerichts sei mit sechs gegen drei Stimmen und somit mit der notwendigen Mehrheit ergangen. Die Regierungsparteien der USL akzeptieren zwar diese Entscheidung, wollen aber den ins Amt zurückkehrenden Staatspräsidenten nicht anerkennen. Weniger zu erwarten war die verbale Gewalttätigkeit, mit der die Regierenden das Urteil kommentierten: Der rumänische, noch einige Tage im Amt bleibende Interims-Staatschef Crin Antonescu und Rumäniens Ministerpräsident Victor Ponta erklärten zwar übereinstimmend, sie würden die Entscheidung des Verfassungsgerichtes respektieren, allerdings sei die Entscheidung "ungerecht", "illegal" und ignoriere den Volkswillen. Ponta beschimpfte die Verfassungsrichter als "ehrlos", eine Verfassungsrichterin beschuldigte er persönlich, sie sei für die Rückkehr Basescus als Staatschef verantwortlich. Eine eindeutige Aussage über die weitere politische Zusammenarbeit mit Basescu lehnte Ponta ab. Noch weiter ging der bisherige Interims-Staatschef Antonescu: Er rief die Bürger des Landes dazu auf, öffentlich gegen die Entscheidung des Verfassungsgerichtes zu protestieren – bis "das Regime Basescu eliminiert" und "Rumänien befreit" sei. Er stellte zugleich ein neues Amtsenthebungsverfahren gegen Traian Basescu in Aussicht. Das bedeutet also eine Fortführung des Machtkampfes mindestens bis zu den Parlamentswahlen im November dieses Jahres, wo die Chancen der Regierung zurzeit sehr gut stehen: Laut letzter Umfragen vom 21.-23. August würde die jetzige Regierungskoalition USL 62% der Stimmen erhalten, während die Oppositionsparteien PNL nur bei 16% und die UDMR (Demokratische Union der Ungarn in Rumänien, ung. RMDSZ) bei 4% liegen.

Eine Cohabitation zwischen Staatspräsident und Regierung scheint zurzeit unmöglich zu sein. Nach Meinung rumänischer Kommentatoren gibt es für Basescu praktisch nur noch eine Möglichkeit, damit das Land wieder in ruhigeres Fahrwasser gerät: "Siegestrunken abtreten und Platz machen für vorgezogene Präsidentschaftswahlen im Spätherbst 2012, zeitgleich mit den vorgesehenen Parlamentswahlen. Es ist höchste Zeit, dass sich in Rumänien - 23 Jahre nach dem Sturz der kommunistischen Diktatur - die alten politischen Cliques verabschieden. Junge und glaubwürdige Politiker müssen eine reale Chance bekommen, damit in Rumänien Demokratie und europäische Werte auch nach diesem absurden Sommertheater weiterhin Bestand haben."

Quellen:

www.adevarul.ro
www.romanalibera.ro
www.jurnalul.ro
www.spiegel.de
www.zeit.de
www.dw.de
www.orf.at
www.nzz.ch
www.lemonde.fr

www.economist.com
www.presseurop.eu
hvg.hu
mno.hu

*

<http://www.southeast-europe.org>
dke@southeast-europe.org

© DKE 2012

Achtung: Sehr geehrter Forscher, nehmen Sie Bezug auf diesen Artikel, oder zitieren Sie davon eine Stelle, melden Sie das bitte unserem Chefredakteur per E-Mail: dke@southeast-europe.org! *Die Studie ist folgenderweise zu zitieren:*
Nelu Bradean-Ebinger: Politischen Krise in Rumänien. *Délkelet-Európa – South-East Europe International Relations Quarterly*, Jg. 3. Nr. 2. (Sommer 2012) 4 p.

Wir bedanken uns für Ihre Zusammenarbeit. *Der Chefredakteur.*